



Herr Bundesrat Guy Parmelin  
Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Per Mail an: [bfi-botschaft@sbfi.admin.ch](mailto:bfi-botschaft@sbfi.admin.ch)

Bern, 22. September 2023

**Sozialdemokratische  
Partei der Schweiz**

Zentralsekretariat  
Theaterplatz 4  
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)

## **Vernehmlassung zum Entwurf der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025 bis 2028**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

### **Grundsätzliche Bemerkungen:**

Die SP Schweiz begrüsst es, dass der Bundesrat mit der vorliegenden Botschaft einmal mehr die strategisch zentrale Bedeutung von Bildung, Forschung und Innovation betont. Der soziale Wohlstand der Schweiz baut auf unserem hervorragenden Bildungssystem und der herausragenden Qualität des Forschungs- und Innovationsplatzes auf. Die SP Schweiz hat sich daher stets dafür eingesetzt, den BFI-Kredit für Bildung, Forschung und Innovation mit genügend Mitteln auszustatten. ETH, Universitäten und Fachhochschulen sowie die Höhere Berufsbildung sind zentrale und gleichwertige Bereiche unseres Bildungswesens. Die Qualität der Bildung muss in allen Bereichen einschliesslich der Geistes- und Sozialwissenschaften auf höchstem Niveau gehalten werden.

Als Partei des sozialen Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit war und ist uns die Förderung und forschungspolitische Verankerung der Weiterbildung ein zentrales Anliegen. Die Anforderungen an die Arbeitnehmenden ändern sich in hohem Tempo, die Chancen von Stellensuchenden über 50 Jahre haben sich dramatisch verschlechtert. Wir

haben deshalb stets für eine offensive Förderung der Weiterbildung plädiert. Der Entwurf zur BFI-Botschaft 2025-2028 erweist sich in dieser Hinsicht als Meilenstein: Die Weiterbildung wird vom Bundesrat als einer der drei Schwerpunkte der nationalen Förderpolitik festgelegt. Vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Herausforderungen ist dieser Entscheid besonders zu begrüßen. Es ist für den Erfolg der Schweiz und eine langfristig angelegte und kontinuierliche BFI-Politik zentral, dass der Bundesrat die Weiterbildung als Priorität einstuft. Besonders positiv zu werten ist in diesem Zusammenhang auch die hohe Gewichtung der transversalen Themen im BFI-Bereich. Damit können die bestehenden Anstrengungen zur Verringerung von Benachteiligung und Ungleichbehandlung fortgesetzt und intensiviert werden.

Kritisch sieht die SP Schweiz hingegen das vom Bundesrat für den BFI-Bereich vorgeschlagene bescheidene Mittelwachstum. Mit den budgetierten Mitteln wird der Bundesrat die vorgegebenen Ziele im BFI-Bereich kaum erreichen können.

So sieht der Bundesrat für die Finanzierung des BFI-Bereichs in der vierjährigen Periode eine durchschnittliche nominale Wachstumsrate von 2,0% vor und rechnet mit einem realen Mittelwachstum von 1,0%. Angesichts der Inflation und der laufenden Sparmassnahmen wird ein jährliches nominales Wachstum von 2 Prozent allerdings nicht ausreichen, um das angestrebte Realwachstum zu generieren. So können bei einer durchschnittlichen nominalen Wachstumsrate von 2,0% die Institutionen im BFI-Bereich lediglich die voraussichtliche Teuerung ausgleichen, nicht aber die anstehenden Herausforderungen meistern oder neue Projekte lancieren.

Zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 ist der BFI-Bereich somit mit dem Szenario einer Periode der finanziellen Stagnation beziehungsweise gar eines Rückgangs konfrontiert. Die Schweiz droht das selbst gesteckte Ziel, in Bildung, Forschung und Innovation führend zu bleiben, zu verfehlen.

Vor diesem Hintergrund **macht sich die SP Schweiz dafür stark, die BFI-Kredite substanziell zu erhöhen.** Das vom Bundesrat für die BFI-Botschaft angestrebte Mittelwachstum von real 1 Prozent ist deutlich zu tief angesetzt. Vor dem Hintergrund der derzeitigen strukturellen Herausforderungen im BFI-Bereich – Ausschluss aus den EU-Förderprogrammen, steigende Studierendenzahlen, finanzielle Stagnation – sowie der enormen gesellschaftlichen Erwartungen an Bildung und Forschung bezüglich Klimawandel, Digitalisierung und Gesundheit sind **Korrekturen zur Anhebung des finanziellen Rahmens zwingend erforderlich.** Nur so kann die Schweiz ihren

gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt und damit ihre überdurchschnittliche gesellschaftliche Innovationskraft erhalten und zugleich ihren Beitrag zur Lösung der globalen Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, soziale Ungleichheit, Biodiversitätskrise, Umweltverschmutzung und nachhaltige Entwicklung – leisten.

## **Bemerkungen zu den einzelnen BFI-Bereichen:**

### **Weiterbildung:**

Die vom Bundesrat vorgeschlagene strategische Priorisierung der Weiterbildung für die Periode 2025–2028 kann mit der geplanten Mittelzuweisung nicht vorgenommen werden. Positiv ist die Erhöhung des Beitrages des Bundes an die Kantone zur Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener um 17 Mio. CHF auf 59 Mio. CHF. Die zusätzlichen Mittel sind insbesondere notwendig für Massnahmen zur Erhöhung der Teilnahme. Diese liegt heute immer noch bei unter 1 Prozent der Betroffenen. Zusätzliche finanzielle Mittel braucht es zudem, um gezielt die Grundkompetenzen von Sozialhilfebeziehenden zu fördern.

Der Beitrag an die Leistungen der Organisationen der Weiterbildung (OWB) soll aber lediglich um lediglich 1 Mio. CHF erhöht werden. Das ist klar ungenügend. Allein die Wirkung der Inflation wird einen Mittelabbau bewirken. Gerade die Organisationen der Weiterbildung erbringen aber unabdingbare, zentrale, systemrelevante Leistungen. Sie tragen direkt dazu bei, dass die Weiterbildungsteilnahme steigt. Sie sensibilisieren für die Wichtigkeit der Weiterbildung, unterstützen die Kantone und auch den Bund dabei, den Förderauftrag im Bereich Grundkompetenzen umzusetzen und verbessern mit verschiedenen Massnahmen den Zugang zur Weiterbildung sowie deren Qualität.

**Die SP Schweiz beantragt daher, den Zahlungsrahmen für die Organisationen der Weiterbildung von 17.7 auf insgesamt 20 Mio. CHF zu erhöhen.**

### **Hochschulen:**

#### **ETH-Bereich:**

Aus Sicht des ETH-Rats ist ein reales Wachstum von jährlich 2,5 % notwendig, damit der ETH-Bereich seine zahlreichen Aufgaben zugunsten der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft erfüllen kann und unser Land bei der Lösung anstehender Herausforderungen wie des Klimawandels, der Digitalisierung oder auch der

Cybersicherheit umfassend unterstützen kann. Gemäss dem Entwurf der BFI-Botschaft ist für den ETH-Bereich indessen nur ein nominales Wachstum von jährlich 1,6 % vorgesehen. Dies ist sogar tiefer als der Durchschnitt (2,0 %).

**Die SP Schweiz unterstützt daher den Antrag des ETH-Rats, dem ETH-Bereich ein jährliches reales Wachstum von 2,5 % zu gewähren.**

### **Universitäten & Fachhochschulen:**

Die Beiträge der öffentlichen Hand an die Hochschulen in der Schweiz gewährleisten eine hohe Qualität in der Lehre sowie die Durchführung exzellenter Grundlagen- und angewandter Forschung. Das Wachstum der Bundesbeiträge für die kantonalen Universitäten und die Fachhochschulen, die insbesondere auf der Grundlage der Studierendenzahlen vergeben werden, muss mit deren Wachstum Schritt halten können. Nur so kann die derzeitige Qualität in Lehre und Forschung aufrechterhalten werden in einem Umfeld, das von steigenden Forschungskosten und auch höheren Ansprüchen seitens Politik und Gesellschaft geprägt ist.

Das geplante Wachstumsszenario für die Hochschulen ist zu tief. Es besteht die Gefahr, dass es zu einer Stagnation oder gar einem Rückgang der Qualität der Lehre sowie der hohen Qualität in der Grundlagen- und angewandten Forschung an den Schweizer Hochschulen kommt. So sieht Bundesrat in der BFI-Botschaft nur ein nominales Mittelwachstum von 1,0% für die Universitäten und 1,1% für die Fachhochschulen vor. Die Bauinvestitionen sollen um 8% wachsen, was zu einer gesamthaften nominalen Wachstumsrate von 1,6% führt. Bei den projektgebundenen Beiträgen rechnet der Bundesrat mit einem Negativwachstum von -0,5%.

Die SP Schweiz beantragt daher, den Hochschulen ein **reales Mittelwachstum von 5%** zu gewähren.

### **Forschung und Innovation:**

*Weniger Drittmittelwettbewerb, höhere Grundbeiträge*

Die SP Schweiz setzt sich für einen langfristigen Strukturwandel im Bereich der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung in der Schweiz ein – weg vom drittmittelgetriebenen Wettbewerbsprinzip hin zu höheren Grundbeiträgen für die Hochschulen.

Die Bedeutung von Drittmitteln hat in der universitären Forschung in den letzten Jahren in der Schweiz dramatisch zugenommen. Drittmittel haben mittlerweile ein ähnliches Gewicht gewonnen wie Grundmittel für Forschung. An der Effizienz der Drittmittelforschung bestehen aus wissenschaftlicher Perspektive jedoch erhebliche Zweifel. Der permanente Druck, Projektanträge zu stellen, ist mit einem enormen Aufwand verbunden, dessen Verhältnismässigkeit mit Blick auf seinen Ertrag äusserst fragwürdig ist. Wer Drittmittelanträge vorbereitet, begutachtet und verwaltet, investiert dafür viel Zeit, die stattdessen in die Forschung fliessen könnte, wenn Hochschulen eine höhere Grundfinanzierung hätten. Der mit dem Wettbewerb verbundene Anpassungsdruck resultiert zudem in einem spürbaren Fallout an interessanten Biografien und Frageweisen und begünstigt den Abbau von universitären Festanstellungen zugunsten von flexibel einzurichtenden und zu streichenden Projektstellen.

Die SP Schweiz plädiert daher für eine **breite Debatte zur Funktion und Wirksamkeit von Drittmitteln in der Wissenschaft und Forschung** und schlägt vor, **wieder mehr Geld in die Grundfinanzierung der Hochschulen zu investieren** – so lange, bis sie gegenüber der Summe der Drittmittel deutlich an Umfang gewonnen hat. Denkbar wäre etwa, Mittel aus dem Budget des SNF zugunsten der Grundfinanzierung der Hochschulen umzuwidmen mit dem Ziel, mehr Dauerstellen an den Hochschulen zu schaffen.

Der Strukturwandel im Hinblick auf die Forschungsfinanzierung ist auch aus **gleichstellungspolitischen Gründen** angezeigt. In der Wissenschaft herrscht weiterhin ein starker Gender Bias: Trotz der hohen Studienabschlussquoten von Frauen verlassen viele mit steigender Qualifizierungsstufe den Karriereweg („leaky pipeline“). Diese „leaky pipelines“ werden massgeblich durch die Wettbewerbslogik des Drittmittelgeschäfts, das männlich konnotierten Exzellenz-Anforderungen gehorcht, begünstigt. Heutige Wissenschaftskarrieren sind gekennzeichnet durch einen hohen räumlichen Mobilitätswang, durch Befristungen über einen langen Zeitraum hinweg sowie durch eine generelle Unvereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Familie – alles Faktoren, die männlichen Karrieremustern und Lebensweisen zugutekommen.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine Reform des wissenschaftlichen Karrieresystems, für eine bessere Vereinbarkeit von Wissenschaft und Biografie, für eine Förderung und Implementierung neuer Führungskulturen und kooperativer Forschungszusammenhänge sowie für die Schaffung diskriminierungsensibler

Arbeitszusammenhänge ein, die sexualisierte und rassistische Gewalt an den Hochschulen verhindern. Es braucht verbindlichere und wirksamere Akkreditierungsprozesse, die Hochschulen genauer prüfen und sicherstellen, dass Hochschulen sowohl gesetzlich verankerte Rechte und Verfassungsaufträge umsetzen als auch Standards der EU erfüllen. Und es braucht – auch im Hinblick auf die höhere Gewichtung der transversalen Themen – eine generelle Stärkung der Geschlechter- und Diversitätsforschung, die sich den Wechselbeziehungen sozialer Ungleichheiten und Machtverhältnissen beschäftigt.

### **Schweizerischer Nationalfonds (SNF):**

Die Sozial- und Geisteswissenschaften liefern einen wichtigen Beitrag zum Verständnis und zur Analyse gegenwärtiger gesellschaftlicher Transformationsprozesse und ihrer diskursiven Rahmungen. Die SP Schweiz hat sich vor diesem Hintergrund daher stets für eine Stärkung der Sozial- und Geisteswissenschaften in der Schweiz eingesetzt.

Mit grosser Sorge beobachten wir daher die vom SNF im August 2022 angekündigte Streichung des doc.CH-Programms – des einzigen und bisher sehr erfolgreichen Förderinstruments auf Ebene Doktorat in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Es ermöglicht(e) jungen Forscher:innen in eigenem Namen ein eigenes Projekt in einem nationalen, kompetitiven Verfahren einzuwerben, ohne sich einem übergeordneten Grossprojekt unterzuordnen. Damit wurde bzw. wird die frühe Unabhängigkeit der Forschenden gefördert, was den Bedürfnissen der Geistes- und Sozialwissenschaften entspricht. Die Finanzierung der Doktoratsausbildung soll gemäss SNF komplett an die Universitäten delegiert werden. Vorstösse in den Parlamenten der Universitätskantone zeigen aber bereits jetzt, dass die kantonalen Bildungsdirektionen kaum gewillt sein werden, die durch die Abschaffung von doc.CH entstandene Lücke zu schliessen.

Die SP Schweiz setzt sich in diesem Sinn dafür ein, die in der BFI-Botschaft 2021–2024 beschlossene Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, wonach die Förderung der Dokorate hauptsächlich den Kantonen aufgetragen werden soll, ist zu revidieren. Der Bund soll sich wieder stärker in der Karriereförderung auf Stufe Doktorat engagieren.

Die SP Schweiz beantragt, den SNF zu beauftragen, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um die Förderung von Einzeldoktoraten in den Geistes- und Sozialwissenschaften wieder zu übernehmen und dafür Mittel in mindestens demselben Umfang zur Verfügung stellen, wie sie das doc.CH-Programm bislang hatte.

### **Akademien der Wissenschaften:**

Von zentraler Bedeutung für die Forschungsförderung in den Geistes- und Sozialwissenschaften ist auch die Schweizerische Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften, die Teil des Akademienverbundes ist. Die SAGW fördert die Aktivitäten zahlreicher Fachgesellschaften und beherbergt mehrere Unternehmen, insbesondere das Historische Lexikon der Schweiz, die Forschungsstelle Dodis und die Plattform infoclio.ch. Die von der SAGW niederschwellig geförderten Projekte, Tagungen und Publikationen sowie die Tätigkeiten ihrer Unternehmen generieren einen unschätzbaren Mehrwert für Forschung und Lehre. Die Fördertätigkeit der SAGW muss daher dringend gestärkt werden, um nicht nur die Teuerung auszugleichen, sondern ihren Beitrag zur Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften nachhaltig zu stärken. Ferner müssen dringend zusätzliche flexiblere Finanzierungsgefässe geschaffen werden, damit neue Forschungsinfrastrukturen für die Geisteswissenschaften überhaupt geschaffen werden können.

**Die SP Schweiz beantragt daher, das Budget der SAGW um mindestens 10 % zu erhöhen.**

### **Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung:**

Die bestehenden geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung leisten einen wichtigen Beitrag zur Forschung und sind unverzichtbare Akteure in der hiesigen Forschungslandschaft. Es ist daher richtig und wichtig, Sie auch in Zukunft zu fördern.

Das Archiv für Agrargeschichte (AfA) hat im Sommer 2023 einen Antrag auf Unterstützung gemäss Art. 15, Abs. 3, lit. a, FIG für die Förderperiode 2025–2028 gestellt. Das AfA stellt in der nationalen und internationalen Forschungslandschaft eine einmalige Forschungsinfrastruktur dar, die sich der Sicherung und Vermittlung von agrarhistorisch bedeutsamen Quellenbeständen in der Schweiz verschrieben hat. Das AfA bearbeitet damit als einzige Organisation in der Schweiz ein wissenschaftlich äusserst bedeutsames Feld im Bereich der Quellensicherung und -vermittlung und leistet somit einen unverzichtbaren Beitrag zugunsten der historischen Forschung. Durch den klaren thematischen Fokus auf die Agrar- und Ernährungsgeschichte unterscheidet es sich eindeutig von anderen geschichtswissenschaftlich bedeutsamen Forschungsinfrastrukturen in der Schweiz.

Das AfA bildet die erste Anlaufstelle für die agrarhistorisch interessierte Forschung in der Schweiz und im Ausland. Die umfangreichen, vom AfA erschlossenen Bestände, die digitalen Portale zu Personen und Institutionen sowie zu den Bild- und Filmquellen sind für die historische Forschung von grosser Bedeutung. Sie zeugen eindrücklich davon, dass das AfA auch die Möglichkeiten der digitalen Archivierung in der Praxis gewinnbringend für die Forschung umsetzt. Schliesslich sollte nicht ausser Acht gelassen werden, dass das AfA auch für Studierende ein hervorragender Ort ist, sich mit agrarhistorisch relevanten Quellenbeständen auseinanderzusetzen.

Das AfA hat in seiner mehr als 20-jährigen Tätigkeit ein einmaliges Netzwerk an der Schnittstelle zwischen historischer Forschung, Landwirtschaft und Ernährungsindustrie aufgebaut, das ohne Unterstützung seitens des Bundes wegzufallen droht. Das wäre nicht nur für die historische Forschung in der Schweiz ein grosser Verlust, sondern auch für das historische Gedächtnis der Schweizer Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft.

**Die SP Schweiz beantragt daher, dem Gesuch des AfA zuzustimmen.**

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen.

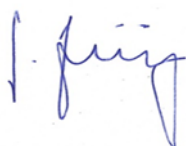
SP Schweiz



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth  
Co-Präsident



Sandro Liniger  
Politischer Fachsekretär